



HEINRICH BÖLL STIFTUNG
DIE GRÜNE POLITISCHE STIFTUNG



**Welthunger nach Land -
Chancen und Risiken von großflächigen Landverkäufen
und -pachten in Entwicklungsländern für die globale
Ernährungssicherheit**



Dokumentation der Entwicklungspolitischen Diskussionstage
vom 21.Mai 2010

Entwicklungspolitische Diskussionstage 2010

ReferentInnen

Mira Palmisano, Via Campesina Österreich
Bodo Richter, GTZ
Wolfgang Schonecke, Netzwerk Afrika Deutschland
Detlef Schön, Aquila Capital

Die Argumentationen der einzelnen Podiumsgäste spiegeln nicht notwendigerweise die Position der jeweiligen Institution wider, sondern auch persönliche Meinungen.

Veranstalter

SLE – Postgraduiertenstudium Internationale Zusammenarbeit
Humboldt-Universität zu Berlin
Hessische Str. 1-2
10115 Berlin

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Abteilung Internationale Zusammenarbeit
Schumannstr. 8
10117 Berlin

Organisation

TeilnehmerInnen des 48. Jahrgangs des SLE und Stipendiatinnen der Heinrich-Böll-Stiftung:

Zulfiyya Abdurahimova

Anna Bugey

Sohal Behmanesh

Sophie Grunze

Anne Kukuczka

Jennifer Lawonn

Caroline Paul

Julia Schappert

Anna Katharina Weber

Redaktion

Anna Bugey

Caroline Paul

Vorwort

Seit 2002 veranstalten das Seminar für Ländliche Entwicklung (SLE) und die Heinrich-Böll-Stiftung (hbs) die Entwicklungspolitischen Diskussionstage in Berlin. Auch in diesem Jahr diskutierten ExpertInnen aus Wissenschaft, Politik und Praxis mit dem interessierten Fachpublikum drei aktuelle Themen der Entwicklungspolitik:

- Millenniumsentwicklungsziele bis 2015 und danach: Was wurde erreicht und wie geht es weiter?
- Staat und Wirtschaft als Partner: Public Private Partnerships – ein wirksames Instrument zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele?
- **Welthunger nach Land: Chancen und Risiken von großflächigen Landkäufen in Entwicklungsländern für die globale Ernährungssicherheit**

Die Veranstaltungen wurden von StipendiatInnen der hbs sowie den TeilnehmerInnen des 48. Jahrgangs des SLE vorbereitet und moderiert. Die Entwicklungspolitischen Diskussionstage sind Bestandteil des Programms des SLE, das Nachwuchskräfte für die Internationale Zusammenarbeit ausbildet. Die Entwicklungspolitischen Diskussionstage sind eine inhaltliche und finanzielle Kooperation zwischen der hbs und dem SLE. Sie fanden in der Beletage der hbs in der Schumannstraße statt. Die ersten beiden Tage wurden in diesem Jahr durch den NRO Dachverband Entwicklungspolitik VENRO inhaltlich unterstützt.

Die vorliegende Dokumentation hält die Diskussionen des dritten Veranstaltungstages (21.5.2010) fest und beinhaltet eine thematische Einführung sowie einen Überblick über die Beiträge der ReferentInnen. Darüber hinaus sind die wichtigsten Stränge und Kontroversen der Podiums- und Publikumsdiskussionen zusammengefasst. Wir hoffen, dass wir die vielen interessanten Anstöße und Anregungen der drei Veranstaltungstage somit an eine breite Fachöffentlichkeit weitergeben können. An dieser Stelle sei noch einmal allen gedankt, die zum Gelingen der Entwicklungspolitischen Diskussionstage 2010 beigetragen haben.

Carola Jacobi-Sambou (SLE)

Steffen Heizmann (hbs)

Inhaltsverzeichnis

Inhaltliche Einführung.....	5
Eingangsstatements der Podiumsgäste.....	9
Podiumsdiskussion	13
Publikumsdiskussion.....	16
Abschlussstatements	18
Anhänge.....	19
Kurzbiografien der ReferentInnen.....	19
Literaturverzeichnis	20

Inhaltliche Einführung

China kauft Land in der Demokratischen Republik Kongo, Daewoo will ein Stück von Madagaskar und Kuwait baut Reis in Kambodscha an. Großflächige Landkäufe und -pachten in Entwicklungsländern durch ausländische Investoren haben in den vergangenen Jahren eine enorme Dynamik angenommen. Laut Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ 2009) sind bereits 22 Millionen Hektar weltweit betroffen – das entspricht fast zwei Dritteln der Fläche von Deutschland. Großflächige Landkäufe- und pachten in Entwicklungsländern stellen eine spezielle Form ausländischer Direktinvestitionen dar. Mithilfe von Kaufverträgen oder langfristigen Pachtverträgen sichern sich Investoren den Zugang zu großen Agrarflächen primär in Entwicklungsländern. Der Kauf bzw. die Pacht großflächiger Agrarflächen dienen vorwiegend drei Zielen: der Produktion von Nahrungsmitteln, Energiepflanzen und in Erwartung weiterer Preissteigerungen, der Bodenspekulation. Die Verkäuferländer benötigen dringend Investitionen in ihre Landwirtschaft. Sie erhoffen sich verbesserte Infrastruktur, neue Arbeitsplätze und Technologietransfers. Doch in der Realität hat die lokale Bevölkerung der Entwicklungsländer oft das Nachsehen. Es besteht die Gefahr, dass Kleinbauern enteignet werden und so ihre Existenzgrundlage verlieren. Somit ginge die Nahrungssicherung der reicheren Länder auf Kosten der Nahrungssicherheit der Ärmern. In der öffentlichen Diskussion und in den Medien ist dieses Phänomen auch unter dem Begriff „Land Grabbing“ (zu deutsch: Landnahme) bekannt.

Akteure

Auf Seiten der **Investoren** kann zwischen staatlichen- bzw. halbstaatlichen Akteuren und privaten Investoren unterschieden werden. Zu den privaten Akteuren gehören neben klassischen Agrarunternehmen mittlerweile auch immer mehr Mischkonzerne und Investmentfonds.

Zu den nach Land suchenden Staaten gehören beispielsweise viele ostasiatische Länder, wie China und Südkorea. Dort hat das stetige Bevölkerungswachstum zu einem stark steigenden Bedarf an Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen geführt. Eine zweite Gruppe von Ländern sind die arabischen Staaten wie Saudi Arabien, Kuwait, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate. Hier sind es die für die Nahrungsmittelproduktion begrenzten Land- und Wasserressourcen, die das Interesse an Land geweckt haben. Als letzte Gruppe können Unternehmen aus Industrienationen wie beispielsweise den USA, Deutschland und Großbritannien gelten. Ihnen geht es primär um neue Anbauflächen für Agrarrohstoffe, beispielsweise für die Bioenergieproduktion.

Bei den **Verkäufern bzw. Verpächtern** handelt es sich mehrheitlich um Entwicklungsländer. Hierzu gehören zahlreiche afrikanische Staaten südlich der Sahara (Mosambik, Madagaskar, Kongo und Sudan), aber auch Länder in Südostasien. Auch Entwicklungsländer mit großen Governance Defiziten, d.h. mit einem niedrigen Standard an Rechtssicherheit und hoher Korruption, zählen zu den Verkäufern bzw. Verpächtern.

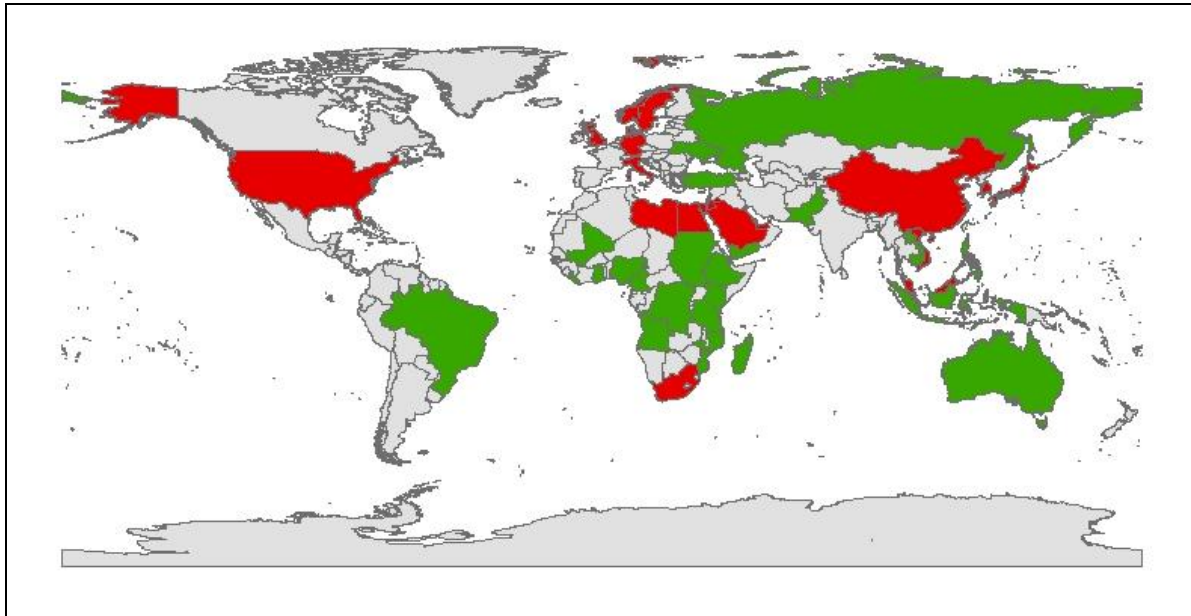


Abbildung 1: Käuferländer (rot) und Verkäuferländer (grün)
Quelle: Eigene Darstellung nach UNCTAD

Dimensionen der Landkäufe und -pachten

Das Neuartige an den Landkäufen und -pachten sind deren enorme Dimensionen. Etwa 1000 Investoren und ein Dutzend Regierungen sichern sich Agrarflächen in über 50 Ländern. Nicht selten handelt es sich um Flächen von über 10000 ha und einer Pachtdauer zwischen 33 und 99 Jahren. Laut Weltbank (2009) befinden sich mittlerweile etwa 10 – 30% des weltweit verfügbaren Ackerlandes in den Händen ausländischer Investoren. Aufgrund des hohen Maßes an Intransparenz ist anzunehmen, dass dies nur die Spitze des Eisberges ist und die Zahlen in Wirklichkeit um ein Vielfaches höher liegen.

Chancen und Risiken

Die Verpachtung bzw. der Verkauf von Agrarflächen birgt eine Reihe von Chancen. Für die Investorenländer bietet sich die Möglichkeit, einen Beitrag zur Ernährungssicherung sowie alternativen Energieversorgung im eigenen Land zu leisten. Entwicklungsländer hoffen vor allem auf Investitionen in die Landwirtschaft, einen Technologie- und Wissenstransfer, den Ausbau ländlicher Infrastruktur und die Schaffung neuer Einkommens- und

Beschäftigungsmöglichkeiten durch die sich neu ansiedelnden Unternehmen.

Bei fehlendem Verantwortungsbewusstsein der Investoren und schlecht funktionierenden Regulierungs- und Kontrollmechanismen der Zielländer können ausländische Direktinvestitionen in Land allerdings auch eine Reihe negativer Auswirkungen mit sich bringen. Zunächst kann die Landverknappung, die mit dem Verkauf bzw. der Verpachtung von Land einhergeht, die meist ohnehin schon defizitäre Ernährungssicherheit gefährden. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die auf den betroffenen Agrarflächen überwiegend Produkte für den Export angebaut werden.

Es besteht zudem soziales Konfliktpotenzial, wenn Landeigentums- und Nutzungsrechte beim Verkauf unzureichend berücksichtigt werden. Die lokale Bevölkerung kann sich dann insbesondere in Ländern mit defizitären Verwaltungsstrukturen kaum gegen die Landnahme wehren. Bereits bestehende Landkonflikte können verschärft werden und neue Konflikte durch die Umsiedlung oder Vertreibung der Bevölkerung entstehen.

Aus Sicht von Ökologen wird kritisiert, dass die erworbenen Agrarflächen überwiegend als Monokulturen mit intensivem Pestizid- und Düngereinsatz bewirtschaftet werden - Boden-erosion, abnehmende Bodenfruchtbarkeit, die Übernutzung von Wasserressourcen und der Verlust biologischer Vielfalt sind mögliche Folgen.

All diese Risiken gefährden die Lebensgrundlage von Subsistenzbauern und führen zu einer zunehmenden Marginalisierung in den betroffenen Regionen.

Brisanz des weltweiten Hungers nach Land

Der Zusammenhang von großflächigen Landkäufen und -pachten mit der globalen Ernährungsunsicherheit ist ein Kernthema der Veranstaltung. Zahlreiche Staaten sind nicht in der Lage, die eigene Bevölkerung mit ausreichenden Nahrungsmitteln versorgen zu können. Die Ursachen bestehen im zunehmenden Bevölkerungswachstum, in veränderten Konsumgewohnheiten in den Schwellenländern sowie in den sich (u. a. durch den Klimawandel) verschlechternden Anbaubedingungen in vielen Regionen. Die steigende Nachfrage nach nachwachsenden Rohstoffen in den Industrieländern verursacht eine verschärfte Konkurrenz zwischen Nahrungsmittel- und Energiepflanzen. Besondere Brisanz hinsichtlich der nationalen Ernährungssicherung entfaltet sich vor allem dann, wenn Staaten mit hungernder Bevölkerung Agrarflächen an andere, meist reichere Länder zu Exportzwecken verkaufen bzw. verpachten.

Länderbeispiel Madagaskar

Zu diesen Ländern gehört auch Madagaskar, das sich laut Vereinten Nationen unter den 50 am wenigsten entwickelten Ländern befindet. Der Anteil der unterernährten Bevölkerung beträgt 37% der Gesamtbevölkerung. Ungeachtet der kritischen Ernährungssituation beabsichtigte die Regierung Madagaskars 2008, einen Vertrag mit dem südkoreanischen Mischkonzern Daewoo über die Verpachtung von 1,3 Millionen Hektar Land über 99 Jahre abzuschließen. Die Fläche entsprach mehr als 50 Prozent der anbaufähigen Fläche Madagaskars. Dort sollten von Gastarbeitern aus Südafrika vor allem Mais und Palmöl angebaut und nach Asien verschifft werden. Viele Inselbewohner, die Mehrzahl davon Subsistenzbauern, fürchteten vom eigenen Land vertrieben zu werden. Zunehmende Proteste in den darauf folgenden Monaten, die von der Opposition auch für ihre Interessen genutzt wurden, führten letztendlich zum Sturz des damaligen Präsidenten. Der Daewoo-Deal wurde anschließend von der Übergangsregierung 2009 als ungültig erklärt.

Mit diesem Länderbeispiel kann deutlich gezeigt werden, welche Brisanz das Thema hat und wie stark einzelne Länder und vor allem die dort lebende Bevölkerung von großflächigen Landkäufen und -pachten durch Investoren betroffen sind.

Eingangsstatements der Podiumsgäste

Die Podiumsgäste wurden im Vorfeld der Veranstaltung gebeten, sich ausgehend von der heutigen Situation „best-case“- und „worst-case“ Szenarien für die Entwicklung der kommenden 10 Jahre zu überlegen. Diese sollten als Eingangsstatements auf dem Podium präsentiert werden. Im Folgenden sind die beschriebenen Szenarien dokumentiert.

Bodo Richter (GTZ Sektorvorhaben Landmanagement)

In einem *worst-case Szenario* würden sich sicherlich die folgenden Probleme durch großflächige Landkäufe und langfristige Pachten durch Investoren sowie illegale Landaneignungen eingestellt haben: Weitreichende sozioökonomische Probleme, wie z.B. die Verschärfung von Landkonflikten, Umsiedlung oder Vertreibung lokaler Bevölkerung und verstärkte Landflucht. Insbesondere in Ländern mit mangelnder Rechtssicherheit, unsicheren Landrechten und Korruption, sind die Fremdakquisitionen eine Bedrohung für die Ernährungssicherung, die Stabilität und den Frieden des Landes.

Die kleinbäuerliche Landwirtschaft wird weiter marginalisiert sein und ihre Existenzgrundlage verlieren. Durch ausländische Direktinvestitionen in Land werden für die betroffene lokale Bevölkerung keine zusätzlichen Einkommensmöglichkeiten geschaffen, weil Investoren Arbeitskräfte aus ihren eigenen Ländern mitbringen und weitgehend mechanisierte Produktionsverfahren einsetzen. Traditionelle Weiderechte, Wassernutzungsrechte und Nutzungsrechte für Sammelprodukte haben keine Bedeutung mehr. Negative ökologische Auswirkungen durch die intensivierete Landwirtschaft sind deutlich in den betroffenen Ländern zu erkennen. Erhöhte Staatseinnahmen durch ausländische Investitionen wurden nicht investiert und der Aufbau von z.B. maroder oder nicht vorhandener Infrastruktur wurde dadurch komplett versäumt.

Im *best-case Szenario* nutzen Entwicklungsländer die Chancen der ausländischen Investitionen durch neue Kapital- und Technologiezufuhr. Höhere Staatseinnahmen aus Investitionen in Land und landwirtschaftliche Projekte werden reinvestiert und führen über Produktions- und Einkommenssteigerungen zu verbesserten Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung. Ausländische Direktinvestitionen werden mit adäquaten und fairen Formen der Vertragslandwirtschaft (z.B. Outgrower-Schemes) gekoppelt und für die beteiligten Kleinbauern sind der Marktzugang, der Absatz ihrer Produkte zu angemessenen Preisen und damit ein Einkommen gesichert. Fördermaßnahmen wie landwirtschaftliche Beratung und Training, der Ausbau sozialer und ökonomischer Infrastruktur im ländlichen Raum (z.B. Gesundheitszentren, Straßen) sind in einem *best-case Szenario* Standard.

Ein gesicherter Zugang zu Land und sichere Eigentums- und Nutzungsrechte bilden die ent-

scheidenden Voraussetzungen für nachhaltige Investitionen in die Landwirtschaft. Produktionssteigerungen und positive Wirkungen auf die Ernährungssicherheit sind eingetreten und ausländische Direktinvestitionen in Land und landwirtschaftliche Projekte sind in Strategien der Armutsreduzierung eingebunden. Durch effektive Beteiligung der lokalen Bevölkerung bei den Investitionsmaßnahmen sind Belange der Einkommens- und Ernährungssicherung angemessen berücksichtigt. Vertragsvereinbarungen sind so gestaltet, dass sie bestehende, auch nonformale, Landrechte (Beispiel Afrika) berücksichtigen, Win-Win-Situationen für die Beteiligten herbeiführen und Prinzipien der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit integrieren.

Ausländische Direktinvestitionen spielen im *best-case Szenario* eine wichtige Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Räume und tragen zur weltweiten Armutsreduzierung bei.

Mira Palmisano (Via Campesina Austria)

Heute leben 50% der Bevölkerung in Städten, das sind 3,3 Mrd. Menschen weltweit. Viele Hungernde leben in urbanen Gebieten, weshalb der Zugang zu Produkten aus urbaner Landwirtschaft sehr wichtig ist. Ungefähr die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche wird heute von Kleinbäuerinnen und –bauern bewirtschaftet.

Laut Via Campesina zerstört „Land Grabbing“ Lebensräume und bewirkt eine Intensivierung der Landwirtschaft. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft wird durch das industrielle Agrobusiness zunehmend zurückgedrängt. Durch den Klimawandel wird der Druck auf Landressourcen erhöht. Die Rechte indigener Menschen bleiben unbeachtet. Studien wie der Weltagrarricht werden ignoriert. Lokale und regionale Märkte müssen gestärkt werden.

Ein *best-case Szenario* würde durch redistributive Landreformen den Kleinbäuerinnen und Kleinbauern das ihnen zustehende Land zusprechen. Eine Umverteilung von Land würde es ihnen ermöglichen, ihre eigene Ernährungs- und Existenzgrundlage zu sichern und ihre traditionellen Rechte wahrzunehmen.

Detlef Schön (Aquila Capital)

Seit 1960 bis heute hat sich die weltweit pro Kopf zur Verfügung stehende Fläche an Ackerland halbiert. In der Zukunft wird sich Land als natürliche Ressource weiterhin verknappen. Der Nutzungsdruck auf Land steigt aufgrund einer stetig wachsenden Weltbevölkerung und dem anhaltenden Verlust von Ackerland. Bis zum Jahr 2020 ist mit einer weiteren Halbierung der weltweit pro Kopf zur Verfügung stehenden Landmenge zu rechnen.

Im *worst-case* setzen rein gewinnorientierte Spekulanten den bereits bestehenden Trend fort, große Flächen fruchtbareren Agrarlandes aufzukaufen zum alleinigen Zweck der Wertsteigerung. Auch die Umwandlung von Land in Nationaleigentum, bzw. eine stärkere Regulierung seitens staatlicher Akteure wirkt sich einschränkend auf Absatzmärkte aus. Dadurch erhöht sich die Volatilität in den zunehmend sich verkleinernden und unfreier werdenden Märkten. Konflikte um Land- und Wasserressourcen nehmen. Der Hunger in der Welt steigt.

In einem *best-case Szenario* werden die für die Landwirtschaft nötigen Investitionen getätigt. Dies schafft einen nachhaltigen und ethischen Mehrwert. Neben Produktionssteigerungen wird auch die Infrastruktur in ländlichen Gebieten ausgebaut. Dadurch werden Arbeitsplätze vor Ort geschaffen. Der Hunger in der Welt wird reduziert.

Pater Wolfgang Schonecke (Netzwerk Afrika Deutschland)

In einem *worst-case Szenario* sind die großflächigen Landverkäufe und -pachten exponentiell angewachsen. Ein Großteil der fruchtbareren Anbauflächen in Entwicklungsländern befindet sich inzwischen im Besitz von Banken und Investmentfonds, von Agrar- und Biospritkonzernen. Millionen von ehemaligen Kleinbauern, die von ihrem traditionellen Land vertrieben wurden, haben zu einem dramatischen Wachsen der Großstädte geführt. Die Selbstmordraten unter den Kleinbauern, die ihr Land verloren haben sind im Steigen. Die ländliche wie auch die städtische Armut hat dramatisch zugenommen. Die Folgen des Klimawandels werden immer stärker spürbar. In mehreren traditionell bewirtschafteten Landstrichen haben lang anhaltende Dürren die Nahrungsmittelproduktion unmöglich gemacht. Die großflächige Rodung von Wäldern und die landwirtschaftliche Nutzung von Feuchtgebieten für Monokulturen haben negativen Einfluss auf das Klima und führen zum Verlust der Bodenfruchtbarkeit. Die Nahrungsmittelpreise auf dem Weltmarkt haben die Höchstmarken von 2008 weit überstiegen. Hungerrevolten werden aus zwei Dutzend Großstädten des Südens gemeldet. Die Zahl der Hungernden in der Welt ist auf 1,5 Milliarden Menschen gestiegen. Die MDGs sind vergessen. Richtlinien für einen verantwortungsvollen Umgang mit Investitionen in Land von der FAO und der Weltbank werden weder von Investoren beachtet noch von den Regierungen der betroffenen Länder effektiv durchgesetzt.

In einem *best-case Szenario* konnten die „FAO Voluntary Guidelines on responsible governance of tenure of land and other natural resources“ und die „Prinzipien für verantwortliche Investitionen in Landwirtschaft“ durch die Weltbank und die Industriestaaten erfolgreich miteinander in Einklang gebracht werden. Die freiwilligen Richtlinien der FAO sind wider Erwarten von den Mitgliedern der WTO in ein neues Abkommen über landwirtschaftliche Investitionen eingeflossen und damit verpflichtend. Die Regierungen vieler Entwicklungsländer haben die Risiken von unkontrollierter Übernahme von Land durch Investoren erkannt. Die

meisten Länder nutzen Standardpachtverträge und bestehen auf angemessene Zahlungen für die Nutzung von Land, eine Begrenzung von Landpachten auf 20 Jahre, auf das Einhalten der UN-Konventionen im Falle von Vertreibungen und eine adäquate Kompensation für enteignete Landbesitzer. Investoren verpflichten sich zur Einladung der ILO-Richtlinien für Plantagenarbeiter und dürfen nur einen begrenzten Anteil der Beschäftigten aus dem Ausland einstellen. Bevor Monokulturen angelegt werden, muss eine unabhängige Impact-Studie vorgelegt werden. Investoren sind dazu übergegangen, lokale Landwirte einzubeziehen, wobei solche Verträge internationalen Standards entsprechen müssen, um Profite und Risiken fair zu verteilen. Weltbank, IWF und EU haben ihre Politik zu ländlicher Entwicklung stark zu Gunsten der Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft verändert und investieren einen Großteil der Entwicklungshilfe in die Modernisierung der Anbaumethoden, die Verbesserung der ländlichen Infrastruktur und die Förderung einer lokalen Nahrungsmittel verarbeitenden Kleinindustrie. Die GTZ hat in vielen Ländern bei einer Reform der Landnutzungsgesetze eine rechtliche Anerkennung von traditionellen kommunalen Landrechten erreicht und den Vorrang gegenüber Investorenrechten durchsetzen können.

Podiumsdiskussion

In den oben skizzierten Zukunftsszenarien und Eingangsstatements der ReferentInnen und auch in der anschließenden Diskussion herrschte Einigkeit darüber, dass das Thema großflächiger Landverkäufe und -pachten sehr aktuell und relevant ist. Gerade in letzter Zeit hat sich eine große Dynamik entwickelt und es gibt einige Probleme in dieser Entwicklung, die es einzudämmen gilt.

Dennoch gingen die Positionen in der Debatte in vielen Punkten weit auseinander. Die Frage, ob es überhaupt noch **verfügbares Land** gibt, wurde sehr kontrovers diskutiert. Von Herrn Schön und Herrn Richter wurde die These vertreten, dass es prinzipiell ungenutztes Land gibt, aber oftmals ungeklärte Eigentumsverhältnisse bestehen. Beispielsweise nannte Herr Schön die Abwanderung von Menschen in Städte als Grund für das Vorhandensein von ungenutztem Land. Frau Palmisano hingegen argumentierte, dass es an vielen Orten Menschen gibt, die Land nutzen, aber nicht über offizielle Landtitel verfügen. Daher gilt dieses Land fälschlicherweise oft als ungenutzt. Als Beispiel nannte sie Sammler und Hirten. Herr Schonecke merkte an, dass es zwar vielleicht heute noch ungenutztes Land in Afrika gibt, aber man bei dem Verkauf von Land heute das rasante Bevölkerungswachstum missachtet.

Als zentraler Punkt in diesem Zusammenhang wurden die **Eigentumsrechte** an Land genannt. Seitens der Wirtschaft und der GTZ sind formelle Landtitel sowie die Existenz von Katasterämtern notwendige Prämissen für landwirtschaftliche Investitionen. Herr Schön fügte hinzu, dass neben den Institutionen auch die politischen Rahmenbedingungen ausschlaggebend sind, um potenzielle Investoren anzuziehen. So kommt es, dass z.B. der Kongo trotz seines enormen landwirtschaftlichen Potenzials von Investoren weniger bevorzugt wird als Brasilien. Hohe behördliche Auflagen schaffen die Vorraussetzungen für ausländische Investitionen in Brasilien. Die Reglementierungen beziehen sich sowohl auf das formelle Eigentum an Grund und Boden als auch die Achtung und den Erhalt von Biodiversität.

Ein weiterer Diskussionspunkt war die Frage, welche **Art der Landwirtschaft** wir brauchen. Sowohl Herr Schonecke als auch Frau Palmisano betonten, dass die kleinbäuerliche Landwirtschaft gerade in Entwicklungsländern sehr wichtig ist, da sie weiterhin die Existenzgrundlage für einen Großteil der Bevölkerung zahlreicher Länder bildet. Zudem ist diese Form der Landwirtschaft sehr effektiv, wenn z.B. lokales Wissen der ländlichen Bevölkerung eingebracht werden kann. Herr Schonecke ergänzte, dass bei allen Diskussionen um mehr Investitionen in den Agrarsektor von Entwicklungsländern die Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft an erster Stelle stehen sollte. Das Investorenmodell, das im Zusammenhang mit großflächigen Landkäufen diskutiert wird, ist aus seiner Sicht „second best“. Eine Intensivierung der Landwirtschaft – auch durch großflächige Landverkäufe und -pachten führt zu

einem Verlust von Arbeitsplätzen. Auch Frau Palmisano zweifelte die Schaffung von **Arbeitsplätzen** durch ausländische Unternehmen an. Herr Schön hingegen vertrat die Meinung, dass durch die hier diskutierten Investitionen Arbeitsplätze geschaffen werden, nicht nur in der Landwirtschaft sondern auch durch den Ausbau von Infrastruktur. Eine Förderung von kleinbäuerlicher Landwirtschaft durch die Privatwirtschaft könne über Mikrokredite geschehen.

Des Weiteren wurde beleuchtet, welche Bedeutung der heutige Trend für die **Ernährungssicherung** hat. Das Problem der Exportorientierung der Investitionen in Land in Entwicklungsländern wurde von Herrn Schonecke angesprochen. Herr Schön betonte, dass es bei Investitionen in Land in erster Linie darum geht, die Produktion zu steigern um die weltweite Ernährung zu sichern. Dies ist jedoch nur durch eine Intensivierung der Landwirtschaft möglich. Auch die Konkurrenz von Nahrungsmitteln und Pflanzen zur Energiegewinnung wurde diskutiert. Frau Palmisano hinterfragte, inwiefern Aquila Capital durch die Produktion von Ethanol auf Zuckerrohrbasis zur Ernährungssicherung beiträgt. Herr Schön erwiderte, dass in Brasilien nur die Hälfte der Zuckerrohrproduktion zu Biokraftstoffen verarbeitet wird. Daher tragen die restlichen 50% als Agrarprodukt zur Ernährungssicherung bei. Er räumte jedoch ein, dass die Produktion von Palmöl oder Raps als Agrotreibstoffe unverantwortlich ist, wenn sie in Konkurrenz zum Nahrungsmittelanbau stehen. Frau Palmisano sieht Investitionen in Kleinbäuerinnen- und Kleinbauernverbände als eine Möglichkeit, die Ernährungssicherheit durch lokal angepasste Landwirtschaft zu fördern. Herr Schön forderte die Abschaffung direkter Nahrungsmittelhilfen, weil sie nur den Industrieländern dazu dienen, überschüssige Nahrungsmittel loszuwerden, lokale Märkte zerstören und die Bevölkerung in weitere Abhängigkeit bringen.

Auch die Frage nach **ethischen Standards** wurde weit reichend diskutiert. Laut Herrn Schön gibt es Unterschiede zwischen verschiedenen Investoren in Bezug auf Ethik. Unterstützenswert sind seiner Meinung nach die Investoren, die ethische Standards einhalten und sich an Nachhaltigkeit orientieren. (Aus seiner Sicht sei es auch ökonomisch nur sinnvoll, nachhaltige Landwirtschaft zu betreiben.) Es ging außerdem darum, wer ethische Standards einhalten muss und wer sie aufstellt. Via Campesina hält einen freiwilligen „Code of Conduct“, wie die „FAO Voluntary Guidelines on responsible governance of tenure of land and other natural resources“, für unzureichend um die Einhaltung ethischer Standards zu garantieren. Das Netzwerk plädiert für eine komplette Abschaffung der ausländischen Direktinvestitionen in Land. Pater Schonecke hingegen bezeichnete einen „Code of Conduct“ als „Schritt in die richtige Richtung“. Allerdings sieht er das Problem, dass die Freiwilligkeit solcher Vereinbarungen dazu führt, dass sie mitunter wenig effektiv sind. Die GTZ und das BMZ unterstützen die Entwicklung der freiwilligen Richtlinien der FAO. Laut Herrn Richter ist die

Freiwilligkeit wichtig, weil ohne diese jeder Ansatz direkt abgeblockt werde. In der Entwicklung des „Code of Conduct“ ist Partizipation wichtig, was durch verschiedene Konsultationen mit allen betroffenen Akteuren abgesichert werden muss.

Aus den oben beschriebenen Themen stellt sich zunehmend die Frage, wer die wahren **Gewinner und Verlierer** der großflächigen Landkäufe sind. Herr Schonecke merkte an, dass momentan nur die Investoren und nicht die Menschen vor Ort profitieren. Letztere verlieren im schlimmsten Fall sogar ihre Lebensgrundlagen. Laut Herrn Richter hingegen können Investitionen zur Entwicklung des ländlichen Raums beitragen. Die Belange der ländlichen Bevölkerung müssen gewahrt werden, aber es ist auch notwendig eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität zu erreichen. Herr Schön ergänzte, dass Projekte kompetent durchgeführt werden müssen und Investitionen dann sinnvoll sind.

Schließlich wurden die **Akteure** näher beleuchtet. In der Diskussion wurde betrachtet, wer den Trend beeinflussen kann und welche Rolle die deutsche Entwicklungszusammenarbeit hier einnehmen soll. Herr Richter sieht die Aufgabe der GTZ darin, den Dialog zu suchen; sowohl auf höchster politischer Ebene als auch auf der lokalen Ebene. Dies soll in nationale Landpolitiken mit einfließen. Mit der Zivilgesellschaft vor Ort sollte man eine „public awareness“ bilden. Frau Palmisano plädierte dafür, Staaten stärker in die Pflicht zu nehmen, sowohl bei finanzieller Umverteilung als auch bei der Umverteilung von Land.

Publikumsdiskussion

In der Publikumsdiskussion stellte sich eingangs die Frage nach der **Verteilung der Nahrungsmittelproduktion**. Es wurde hinterfragt, warum der Großteil der Nahrungsmittel Ländern mit schrumpfender Bevölkerung zu Gute kommt und nicht in den Erzeugerländern bleibt in denen Hunger herrscht. Herr Schön stimmte zu, dass der Export von Nahrungsmitteln in Länder des Nordens, in denen Überfluss an Nahrungsmitteln herrscht, problematisch ist. Aus Sicht der Wirtschaft sind es allerdings vor allem die Länder mit schrumpfender Bevölkerung, welche die ökonomischen Kapazitäten in Form ausländischer Investitionen in die Landwirtschaft von Entwicklungsländern aufweisen.

Herr Schön stellte die Sinnhaftigkeit von Nahrungsmittelhilfen in Frage, da diese **lokale Märkte** in Entwicklungsländern zerstören. Er räumte jedoch ein, dass akute Notsituationen eine Ausnahme bilden. An den Regierungen der Länder des Nordens kritisierte er, Nahrungsmittelhilfen als eine Form der Entledigung der eigenen landwirtschaftlichen Überschussproduktion zu nutzen, vor allem wenn deren Absicht darin besteht, internationales Ansehen zu erlangen. Herr Schonecke hingegen betrachtet die Subventionierung der Agrarexporte als Kernproblem der Zerstörung lokaler Märkte.

Mit Bezug auf das Beispiel **Brasilien** wurden in weiteren Publikumsbeiträgen die Themen adäquate Produktionsformen in der Landwirtschaft sowie die Frage danach, wer eigentlich vom Anbau profitiert, aufgegriffen. Ein Diskussionsteilnehmer bemerkte kritisch, dass die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen für eine faire Einbindung der Kleinbauern bei der Verteilung von Landtiteln in Brasilien nicht grundsätzlich gegeben sind. Auf die Frage, wer sich eigentlich das brasilianische Rindfleisch leisten kann, bzw. für wen es produziert wird, räumte Herr Schön ein, dass es sich bei den KonsumentInnen vorrangig nicht um die kleinbäuerlichen Produzenten handele. Allerdings führe ein höheres Angebot an Nahrungsmitteln (infolge der Produktionsintensivierung) zu sinkenden Nahrungsmittelpreisen, so dass langfristig der Kauf von Nahrungsmitteln auch für ärmere Bevölkerungsteile erschwinglich werde. In diesem Sinne sind Investitionen in die Landwirtschaft Brasiliens sinnvoll, da prinzipiell der Markt und die Kaufkraft gegeben sind, so dass auch untere Gesellschaftsschichten profitieren können.

Ein weiterer Publikumsbeitrag handelte von der Festsetzung von **Nachhaltigkeitskriterien** bei landwirtschaftlichen Investitionsprojekten z.B. in Form von Vertragsklauseln. Herr Schön argumentierte, dass es eine ökonomische Notwendigkeit ist, ökologische Nachhaltigkeit zu sichern, um auch langfristig Gewinne aus einer landwirtschaftlichen Fläche zu erwirtschaften.

Demnach sind schon aus wirtschaftlichem Eigeninteresse heraus keine Verpflichtungsklauseln notwendig.

Ein weiterer Diskussionsstrang stellte die **Rolle der Zivilgesellschaft** dar. Als Antwort auf die Frage nach den Handlungsmöglichkeiten von Kleinbauern in Ländern des Südens gegenüber Landnahmen wurden Basisorganisationen besonders hervorgehoben. Kleinbauernverbände stellen laut Herrn Schonecke und Frau Palmisano ein wichtiges Instrument dar, um den Widerstand (z.B. durch Landbesetzungen) zu manifestieren. La Via Campesina als internationales Netzwerk wirkt weiterhin auf internationaler Ebene. Ein Hauptanliegen der Nichtregierungsorganisation ist es, Ernährungssouveränitäten der Länder des Südens durchzusetzen, d.h. die eigene Gestaltung landeseigener Ernährungspolitiken mit Betonung der Selbstversorgung und Produktvermarktung auf lokalen Märkten. Dies beinhaltet ebenfalls die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung. Da freiwillige Richtlinien wie die der FAO, nicht ausreichen, appelliert Frau Palmisano an die Verantwortung und das Engagement aller BürgerInnen der Industrieländer; denn „durch bewussten Konsum ist eine bessere Welt möglich“.

Aus Sicht der GTZ stellt die Partizipation der Zivilgesellschaft einen zentralen Bestandteil zur erfolgreichen Umsetzung von Landreformen dar. Neben der Beratung von nationalen Ebenen wird auch die Zivilgesellschaft vor Ort unterstützt. Herr Richter verdeutlichte dies am Beispiel der Landreformen in Kambodscha. Im Rahmen eines Multi-Stakeholder Ansatzes bei der Gestaltung der Siedlungspolitik waren die konsultativen Prozesse mit VertreterInnen der Zivilgesellschaft auf nationaler Ebene ein Schlüsselfaktor zum Erfolg.

Herr Richter wurde zudem gebeten, neue **aktuelle Entwicklungen** in der Entwicklungszusammenarbeit nach dem Regierungswechsel zu beschreiben. Der Referent stellte heraus, dass sich unter dem neuen Bundesminister für Entwicklungszusammenarbeit Dirk Niebel in einigen Bereichen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ein Paradigmenwechsel abzeichnet. Ländliche Entwicklung wird wieder verstärkt in den entwicklungspolitischen Fokus gerückt, was auch die Erhöhung der finanziellen Mittel belegt. Für die GTZ als Durchführungsorganisation wird die ländliche Entwicklung auch weiterhin in den Sektorvorhaben des nachhaltigen Landmanagements eine signifikante Rolle spielen.

Abschlussstatements

Abschließend wurden die ReferentInnen gebeten in einem kurzen Abschlussstatement darzustellen, was passieren müsste, damit ihr eingangs beschriebenes *worst-case Szenario* nicht eintritt.

Herr Schonecke forderte ein Umdenken im Wirtschaftssystem hin zu einer wirklich nachhaltigen Denkweise, weg von lediglich schnellen Profiten, wie in unserem derzeitigen Finanzsystem. Eine zweite große Forderung für die Zukunft, ist eine Entwicklung weg von Investitionen in großflächige Landwirtschaft (wie z.B von der Weltbank unterstützt) hin zur Förderung kleinbäuerlicher Strukturen. Diese müssen in der Produktivität ihrer Landwirtschaft gestärkt werden. Letzteres muss Priorität sein, erst anschließend ist abzusehen, ob Mischformen zwischen großflächig und kleinbäuerlich in diesem System überhaupt möglich sind. Dabei dürfen die Folgen für die lokale Bevölkerung auf keinen Fall außer Acht gelassen werden.

Herr Schön betonte, dass man zwischen Investitionen mit und ohne ethischen Mehrwert unterscheiden kann. Dies ist eine Frage der persönlichen Entscheidung. Der Referent plädiert dafür, nur in nachhaltige Investitionen mit ethischem Mehrwert zu investieren und sieht dies als wichtige Voraussetzung für eine langfristige globale Nahrungsmittelsicherung.

Frau Palmisano sieht als Lösung des Problems eine Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft. Sie schließt sich in vielen Punkten Herrn Schonecke an und plädiert für eigenverantwortliches Agieren jedes/r Einzelnen.

Herr Richter schließt sich in vielen Punkten ebenfalls den VorrednerInnen an. Er ist aber auch der Meinung, dass ausländische Direktinvestitionen unter bestimmten Voraussetzungen einen Beitrag zu Ernährungssicherung in ländlichen Räumen leisten können.

Anhänge

Kurzbiografien der ReferentInnen

Mira Palmisano

Mira Palmisano ist Vorstandsmitglied von Via Campesina Austria. Die österreichische Bergbauern und –bäuerinnen-Vereinigung ist Teil des internationalen Netzwerks kleinbäuerlicher Bewegungen La Via Campesina und setzt sich für ressourcenschonende Landwirtschaft sowie regionale Vermarktung ein. Frau Palmisano ist diplomierte Landwirtin und systemische Erlebnispädagogin. Seit 2007 bewirtschaftet sie einen Biobauernhof. Neben verschiedenen erlebnispädagogischen Projekten, ist Frau Palmisano im Theater- und Kunstbereich aktiv.

Bodo Richter

Bodo Richter arbeitet seit Januar 2010 als Projektmitarbeiter und Fachplaner im Sektorvorhaben Landmanagement in der GTZ Zentrale. Zuvor war er vier Jahre lang in Kambodscha und in der Mongolei tätig. Als Diplom-Geograph mit dem regionalen Schwerpunkt Südostasien und Zentralasien beschäftigt er sich unter anderem mit den Themen Bodenpolitik, Bodenrecht und Landnutzungsplanung.

Pater Wolfgang Schonecke

Pater Wolfgang Schonecke ist seit 2001 Leiter des Berliner Büros des Netzwerk Afrika Deutschlands, einem Zusammenschluss von 45 katholischen Missionarsgemeinschaften. Als Afrikamissionar verknüpfte er über 20 Jahre lang pastorale Pfarrarbeit mit basisorientierter Entwicklungsarbeit in Uganda. Von 1994 bis 2001 war Herr Schonecke in der Pastoralabteilung der ostafrikanischen Bischofskonferenz tätig. Er war sechs Jahre im Leitungsteam seines Ordens in Rom. Er studierte Theologie und Philosophie mit Schwerpunkt auf sozialer Gerechtigkeit aus der Perspektive der Bibel und der christlichen Soziallehre.

Detlef Schön

Detlef Schön ist Geschäftsführer der Aquila Capital Green Assets und der Investmentgesellschaft KlimaINVEST, für deren Portfoliomanagement er zuständig ist. Nach dem Studium der Agrarökonomie arbeitete Herr Schön in führenden Positionen im AgriBusiness bei NIDERA Rotterdam und bei Cargill. Seit 1991 führt er seinen eigenen landwirtschaftlichen Betrieb in Mecklenburg-Vorpommern.

Literaturverzeichnis

BMZ (2009): Entwicklungspolitische Positionierung zum Thema: Großflächige Landkäufe und –pachten in Entwicklungsländern – „Land Grabbing“. Diskussionspapier.

FAO (2009): Towards Voluntary Guidelines on Responsible Governance of Tenure of Land and other Natural Resources. Discussion Paper.

FAO, IFAD, UNCTAD, Weltbank (2010): Principles for Responsible Agricultural Investment that Respects Rights, Livelihoods and Resources. Discussion Note.

GTZ (2009): Foreign Direct Investments (FDI) in Land in Developing Countries.

Weiterführende Links

<http://www.aquila-capital.de/>

<http://www.gtz.de/de/themen/laendliche-entwicklung/14741.htm>

<http://www.netzwerkafrika.de>

<http://viacampesina.org/>